



## NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration  
am 31. Januar 2012  
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

---

**Vorsitz :**

**Stefan Spallek**

Anwesende Ausschussmitglieder:  
Ferner anwesend:  
Tagesordnung:  
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1  
siehe Anlage 2  
siehe Anlage 3  
siehe Anlage 4

**Beginn (öffentlicher Teil): 17:00 Uhr**

**Ende: 19:15 Uhr**

---

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 37/11

(Drucksachenband 164)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

In der Bürgerfragestunde bittet Herr Nouraie um Klärung eines Sachverhaltes. Seine Frau ist bei einem Sturz über einen hochstehenden Umrandungsstein auf dem Schulhof der Fliedner-Schule in Bierstadt gestürzt und hat sich verletzt. Es geht weniger darum, Schadensersatz von Seiten der LHG zu bekommen als vielmehr darum, die Unfallstelle für die Zukunft zu beseitigen.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

## öffentliche Sitzung

### 0001 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

### 0002 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 06.12.2011 wird genehmigt.

Einstimmig

### 0003 11-F-08-0030

Mehr Transparenz & barrierefreie Teilhabe an der kommunalen Demokratie durch  
Rathaus-TV, HIER: Diskussion mit Experten/Expertinnen  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion LINKE&PIRATEN vom 23.08.2011 -

Folgende Experten/innen sind zu diesem Thema eingeladen:

Frau Graf und Herr Michel	Wiesbaden-Marketing
Herr Mechlinsky	WIVERTIS
Frau Müller	Hess. Datenschutzbeauftragter
Herr Quetscher	Datenschutzbeauftragter LHW
Herr Röpke	Big City TV
Herr Rogler	Mutterfirma WIVERTIS

Vors. Spallek begrüßt die Expert/innen und erläutert kurz die Beschlusslage.

Stv. Kisseler berichtet, dass seine Fraktion einen Zusatzantrag gestellt habe und nun die Kostenfrage und die unterschiedlichen Möglichkeiten (Audiostream, Abschrift o.ä.) klären wolle.

Herr Röpke geht davon aus, dass das lineare Fernsehen der Vergangenheit angehört und auf nonlineares vorbereitet werden müsse. Big City TV sei mit einem besonderen Player ausgestattet - dazu benötigt man keine App.

Ein Livestream der Sitzung müsse nach seiner Auffassung nicht sein. Wahrscheinlich wäre jeder 2. Redner nicht damit einverstanden.

Er hält eine Aufzeichnung für den besseren Weg. Man könne dann den Mitschnitt dann mit Namen versehen, es könnte aber auch nachträglich geschwärzt werden.

### Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 31. Januar 2012

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Herr Mechlinsky möchte anders an die Sache herangehen. Für ihn ist wichtig zu erfahren, welche Komponenten benötigt würden, welche Qualität die Komponenten haben sollen. Er selber habe kein Rezept, aber Herr Rogler hätte Ideen mitgebracht.

Je nach Qualität und Anzahl der Komponenten wären auch die Kosten unterschiedlich.

Vors. Spallek bestätigt, dass den Ausschuss vorrangig die Kostenfrage interessiere. Man müsse klären, über welchen finanziellen Rahmen man spreche - solle es ein Livestream sein, ein PodCastFormat - welche Infrastruktur muss geschaffen werden - welche Anschaffungskosten und welche mtl. Kosten kämen auf die LHW zu.

Stv. Seipel-Rotter erklärt, dass er mit Herrn Röpke im Vorfeld gesprochen habe. Er könne eine Plattform mitbringen, die man vorher gar nicht bedacht habe. Er könne das Komplettangebot für 25.000 € anbieten.

Herr Mechlinsky wirft ein, dass man die Aufzeichnungen nachhaltig verfügbar machen müsse, d. h., eine redaktionelle Arbeit müsse drüberlaufen, man müsse ein Archiv anlegen, damit Dinge auch wieder auffindbar sind, müsse auch klären, wo das Archiv angelegt werden soll.

Beim Preis kommt es u. a. auf die verwendete Technik an (Webcam oder Kamerateam).

Man wolle die Sitzungen nicht nur einfach aufnehmen, sondern das Interesse der Zuschauer wecken. Bei einer starren Kameraposition lässt das Interesse der Zuschauer sehr schnell nach.

Stv. Schickel macht auf die Persönlichkeitsrechte aufmerksam. Jeder könne es ablehnen, gefilmt zu werden. Jede Sitzung habe ihre eigene Dynamik, auf Redebeiträge wird erwidert - das möchte nicht jeder im Internet sichtbar hinterlassen. Wenn im Laufe einer Diskussion aber eine Person NEIN sagt, ginge der Zusammenhang der Diskussion verloren.

Wenn die Sitzung im Nachhinein aufbereitet wird, steht derjenige, der dies macht sehr schnell im Verdacht der Manipulation.

Durch Nachbearbeitung und geschwärzte Redebeiträge bekäme der Zuschauer ein Produkt zur Ansicht, das nur noch bedingt mit dem Sitzungsablauf zu tun hat.

Stv. Apel weist darauf hin, dass die Übertragung nicht unbedingt bebildert sein müsste, sondern auch eine Audio-Aufnahme denkbar sei oder auch die schriftliche Hinterlegung der Sitzung.

Auf den Datenschutz angesprochen berichtet Frau Müller (Hess. Datenschutzbeauftragter), dass § 52 der HGO geändert wurde und die Stadtverordnetenversammlung mit qualifizierter Mehrheit die Hauptsatzung dahingehend ändern kann, dass ein Livestream der Sitzung möglich ist.

Stadtverordnete seien trotzdem nicht verpflichtet, sich während der Sitzung filmen zu lassen. Das sei bei Land und Bund anders. Vorstellbar sei z. B. auch, dass man 2 Micros verwendet - ein Micro für die öffentliche Übertragung und ein zweites für die Stadtverordneten, die einer Übertragung nicht zustimmen.

Herr Quetscher hält es für wichtig, dass bei Änderung der Hauptsatzung auch ein Veto-Recht aufgenommen wird, was aber problemlos möglich ist. Die Formulierungen in der Hauptsatzung sind im rechtlich abgesteckten Rahmen frei.

Nach Meinung von Herrn Röpke sei die Anfertigung von Audio-Aufzeichnung und Abschriften genauso teuer wie der Livestream.

## Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 31. Januar 2012

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Stv. Kisseler stellt klar, dass die Sitzung nicht besonders spannend sein muss und nicht in Konkurrenz zu Spielfilmen treten solle. Die Bürger/innen sollen vielmehr die Möglichkeit haben, an der Sitzung teilzunehmen, auch wenn sie dies nicht durch persönliche Anwesenheit können.

Vors. Spallek sieht die Kostenfrage vor allem so kurz vor den Haushaltsplanberatungen für vorrangig. Man müsse ein Konzept auf vorhandene Strukturen aufbauen, z. B. auch die Serverkapazitäten nutzen.

Er fragt nach, ob das von Wiesbaden Marketing leistbar sei oder ob weitere Personalkosten z. B. für ein Medienarchiv anfielen.

Frau Graf sieht ein breites Spektrum an Möglichkeiten - man könne links anbieten oder Datenströme einbinden. Die Struktur müsse es auf einem externen Servers geben. Wiesbaden Marketing stelle nur die Verbindung von wiesbaden.de zum Server her - Kapazität hätten sie nicht.

Sie fragt nach, was mit welchem Ziel abgebildet werden solle und hält die Archivierung für problematisch. Man müsse die Anträge hinterlegen, damit ein Bezug zur Tagesordnung möglich ist. Es müsse eine neue Struktur außerhalb von wiesbaden.de aufgebaut, die aber verlinkt werden kann.

Stv. Seipel-Rotter hält es nach wie vor für eine tolle Idee, die Sitzungen abzubilden. Bis jetzt sei die Stadtverordnetensitzung gar nicht kommentiert.

Frau Graf möchte gewisse Kriterien erreichen. Die Infos sollen verständlich sein - wer redet gerade zu welchem Punkt. Pflichtinfos reichen nicht aus - sinnvoll wären umfangreiche Infos.

Herr Röpke kann sich vorstellen, dass man links den Redner und rechts die Schrift einblendet. Man könne dann immer Infos dazugeben (z. B. kleine Filmbeiträge), die das Ganze dann auch interessant machen. Er könne auf eine umfangreiche Erfahrung mit Big City TV zurückgreifen, an dem mittlerweile weltweites Interesse bestehe. Sein Angebot umfasst alles, auch die Serverleistung usw.

Herr Schickel meldet vor den Haushaltsberatungen ein kleines Fragezeichen an. Z. B. brauche auch die Software Pflege - ob das mit dem vorhandenen Personal leistbar ist?

Auf Nachfrage von Stv. Weck an WIVERTIS berichtet Herr Rogler, dass Vieles von den gegebenen Faktoren und den Erwartungen abhängt:

Häufigkeit der Übertragung, Räumlichkeiten, Ausstattung der Räumlichkeiten, Internetausstattung, Art der Kameras, Qualität der Übertragung, Anzahl der Zuschauer, Ausfallsicherheit, redaktionelle Überarbeitung (könnte Kritik wegen Zensur geben).

Man könne bei Einverständnis mit Bild und Ton senden, aber auch eine reine Tonübertragung ist machbar, wobei er der Meinung ist, dass dies sogar besser ankomme. Man könnte dann z. B. noch einen Gebärdendolmetscher einblenden.

Gut sei, dass es bereits eine Tonanlage gäbe und immer aus demselben Raum übertragen werden würde.

Stv. Seipel-Rotter berichtet, dass es eine Entscheidung zum Audio-Stream bereits gäbe. Radio Quer hätte ab 2002 die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung dauerhaft aufgenommen und auch gesendet.

Vors. Spallek fragt nach, ob es möglich sei, den einzelnen Komponenten Preise zuzuordnen, zumindest einen Rahmen festzulegen.

**Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 31. Januar 2012**

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Das ist lt. Herrn Rogler nicht so ohne weiteres möglich. Es müsse z. T. Neues aufgebaut werden, man müsse andere Server verwenden.

Herr Mechlinsky geht auf den Redebeitrag von Frau Graf ein und möchte, bevor Kosten genannt werden, zunächst die genauen Anforderungen klären. Die Kosten können einfach nicht feststehen, weil ein Konzept fehlt.

Herr Michel weist darauf hin, dass man die Arbeit redaktionell nicht begleiten könne. Es müssten Bilder aufbereitet werden, dazu benötige man einen Regisseur.

Herr Röpke schlägt vor, jedem Redner seinen Redebeitrag vor Veröffentlichung vorzulegen und sein Einverständnis abzuwarten.

Stv. Dumont du Voitel weist darauf hin, dass das aber richtig viel Arbeit mit sich bringen würde.

Herr Quetscher geht auf den Antrag zurück, wo von einem Livestream die Rede ist, d. h., eine ungeschnittene Übertragung auf wiesbaden.de. Eine Aufbereitung kann eine Ergänzung sein. Wenn es dann noch ein Archiv gibt, ist das natürlich eine gute Ergänzung.

Lt. Herrn Dr. Heimlich hat die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung ganz klare Regeln für die Bearbeitung von Bandauszügen. Der Redner/die Rednerin kann redigieren und hat dazu 2 Wochen Zeit, darf aber nichts ändern, was den Sinn verfälscht.

Nach Herrn Röpke geht es auch nicht um das Herausschneiden von Kernsätzen und eine inhaltliche Aufarbeitung, sondern lediglich um Verhaspler, die nicht ausgestrahlt werden sollten.

Stv. Seipel-Rotter plädiert dafür, dass der Transparenz auch mit einer low-budget-Version (Livestream) gedient wäre, auch wenn der redaktionelle Teil natürlich sehr gut wäre.

Vors. Spallek bedankt sich für die Beiträge der Referent/innen. Man habe ein breites Spektrum von Möglichkeiten dargestellt. Für die Koalition sei aber die Thematik für die heutige Sitzung erledigt. Er empfiehlt, die Erkenntnisse in die bevorstehenden Haushaltsberatungen einfließen zu lassen. Für die heutige Sitzung sind keine weiteren konkreten Schritte vorgesehen.

Stv. Kisseler möchte mit dem Antrag kein nice-to-have umsetzen, sondern es den Bürger/innen grundsätzlich die Möglichkeit der Teilnahme gegeben werden, zumal die Tribüne oft ausgebucht sei.

Stv. Seipel-Rotter möchte für die nächste Sitzungsrunde Anregungen und Wünsche aus den Fraktionen sammeln.

Vors. Spallek stellt den Antrag auf Erledigung des Antrages durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache.

Stv. Göttenauer möchte WIVERTIS bitten, ein Konzept zur Minimalversion, der benötigten Technik und den Kosten für einen Livestream zu entwickeln.

Dies könnte Herr Mechlinsky nur umsetzen, wenn er einen konkreten Auftrag bekäme.

**Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 31. Januar 2012**

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Der Antrag auf Erledigung des Antrages durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache und die Anhörung der Expert/innen wird wie folgt abgestimmt:

gegen Bündnis90/Die Grünen und Linke&Piraten angenommen

**Die Sitzung wird um 18.10 Uhr für 5 Minuten unterbrochen und um 18.15 Uhr fortgesetzt.**

**0004            12-F-33-0010**

Fußballaustausch mit Biarritz  
- Antrag von CDU und SPD vom 25.01.2012 -

Herr Altinok vom Ausländerbeirat könnte hier unterstützen, da er Kontakt zu den meisten Vereinen hat.  
Das Hauptamt wird entsprechend informiert.

Einstimmig

**0005            12-F-03-0008**

Wiesbaden ist FairtradeTown?  
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 23.01.2012 -

Stv. Kaynak begründet den Antrag. Er möchte gern wissen, welche weiteren Schritte geplant sind.

Herr Backes (Amt für Wirtschaft und Liegenschaften) ist zu diesem Punkt anwesend und berichtet, dass sich Wiesbaden seit 2 Wochen Fairtradedstadt nennen darf. Eine offizielle Veranstaltung ist geplant, bei der auch die Urkunde übergeben wird.  
Man werde versuchen, den Fairtraged Gedanken dauerhaft in den Köpfen der Bürger/innen zu halten. Die Auszeichnung werde nicht dauerhaft vergeben, sondern alle 2 Jahre werde geprüft. Der jetzt erreichte Status soll gehalten werden. Dazu wurden Ideen intensiv in der Steuerungsgruppe diskutiert. Man habe auch Kontakte zu den Schulen hergestellt, um einen ganzheitlichen Ansatz zu erreichen. Es gäbe allerdings kein gesondertes Budget für dieses Projekt, daher gäbe es z. B. keine Plakataktion. Trotzdem werde man weiter arbeiten und alles im low-budget-Bereich Mögliche umsetzen.

Stv. Schickel regt an, dass man vielleicht eine Empfehlung an die Mitarbeiter/innen der LHW herausgeben könnte, Fairtradedkaffee zu trinken - der OB täte dies ohnehin und vielleicht folgen die Mitarbeiter/innen dem Vorbild.

Beim Statistischen Bundesamt habe man sich Jahren schon auf energiesparende Geräte umgestellt und dies dann publikumswirksam dargestellt.

Stv. Kaynak hält dies für ein gutes Mittel, auf Fairtradeprodukte öffentlich wirksam hinzuweisen. Er regt außerdem an, den Weltladen mehr in den Innenstadtbereich zu verlegen, da die Oranienstraße doch etwas abgelegener sei.

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 31. Januar 2012

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Lt. Herrn Backes weist darauf hin, dass der Weltladen keine städtische Einrichtung sei. Die Mietpreise seien in der Oranienstraße sicher günstiger als im unmittelbaren Innenstadtbereich. Man könne den Weltladen sicher mit Fachverstand unterstützen, aber eine Subventionierung der Miete sei nicht möglich.

Der Ausschuss bittet darum, in einem Jahr einen Sachstandsbericht zu erhalten. Ansonsten ist der Antrag durch den Bericht der Verwaltung erledigt.

Einstimmig

**0006            12-F-08-0008**

Kameras in Wiesbaden  
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 18.01.2012 -

Einstimmig

**0007            09-F-25-0095**

Imame in Wiesbaden  
- gem. Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 12.10.2009 -

Der schriftliche Bericht zu dem Antrag liegt vor.

Vors. Spallek fragt nach, ob man von einem sog. Imam-Tourismus reden könne. Nach seinem Kenntnisstand kämen Imame nach Deutschland und würden nach kurzer Zeit das Land wieder verlassen, ohne Deutschkenntnisse erworben zu haben. Wie könne man die Sprachkenntnisse fördern? Gibt es Bestrebungen, mit den islamischen Vereinen zu sprechen und die Deutschkenntnisse zu verbessern?

Frau Rudolph teilt mit, dass sich die Gemeinden der Problematik bewusst sind. Interessierte hätten die Möglichkeit, Deutsch zu lernen. Es gab sogar ein Projekt „Imame lernen Deutsch“, die Gemeinden hatten Lehrer organisiert, aber es war insgesamt auch wegen der Anforderungen schwierig. Jetzt löse jede Gemeinde die Angelegenheit selber, man achte auch darauf, junge Leute zu holen, die bereits Deutschkenntnisse haben.

Stv. Schickel berichtet, dass man von der DITIB höre, dass Imame in einem 4-Jahresrhythmus in Deutschland blieben, da lohne es sich nicht unbedingt, deutsch zu lernen. Er fragt nach, ob die DITIB bereit sei, der Integrationsvereinbarung beizutreten.

Frau Rudolph kann zu einem Beitritt nichts Konkretes sagen. Sie weist darauf hin, dass nach ihrem Kenntnisstand die Rekrutierung der Imame allgemein etwas umgestellt werden soll und man eher junge Leute aus Deutschland anwerben wolle und diese die Ausbildung als Imam in der Türkei absolvieren sollen, um dann wieder nach Deutschland zurückzukehren.

**Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 31. Januar 2012**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Herr Altinok teilt mit, dass die DITIB es mit dem 4-Jahresrythmus noch gut habe. Er gäbe viele Gemeinden, deren Imame nur für ein paar Monate nach Deutschland kämen.

Durch den Bericht hat der Antrag seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

**0008 10-F-05-0005**

Einsicht in die Strukturen von Vereinen / Vereinigungen, die städtische Mittel mit dem Zweck der Integrationsförderung erhalten  
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 25.10.2010 -

Hier liegt ein schriftlicher Bericht vor.

Stv. Dumont du Voitel bedankt sich für den ausführlichen Bericht und die Einführung des standardisierten Verfahrens. Das Prüfungsverfahren sei gut dargestellt, aber eine Einsichtnahme finde immer noch nicht statt.

Frau Rudolph stellt klar, dass es schwierig wäre, dies zu leisten. Man könne nicht alle Protokolle lesen und die LHW ginge auch nicht alles, was besprochen wird, etwas an. Das Vereinsleben als solches soll nicht durchleuchtet werden.

Stv. Manjura weist darauf hin, dass man eine solche Kontrolle bei anderen Vereinen auch nicht vornimmt. Dies wäre dann eine Ungleichbehandlung. Es gäbe ein Vereinsregister, die Sitzungen würden protokolliert und er sei mit dem Bericht zufrieden.

Stv. Dumont du Voitel weist darauf hin, dass es 2010 der Wiesbadener Kurier war, dass ein Verein Kontakt zu den Grauen Wölfen hatte. Man habe einfach zu wenig Einsicht in das Vereinsleben.

Stadträtin Scholz versichert, dass man noch einmal prüfen werde, ob man noch ein bisschen mehr Transparenz schaffen könne.

Vors. Spallek stimmt auch zu, dass das, was 2010 passiert ist, nicht passieren dürfe. Aber die Verwaltung könne nicht alles leisten. Man müsse akzeptieren, dass man nicht bis in den letzten Winkel des Vereins schauen könne, aber Mechanismen, einem Missbrauch vorzubeugen, seien da.

Stv. Manjura merkt an, dass ein Verein mit Rechtsextremen kooperieren wird, wenn er das tun will und dazu sicher nichts ins Protokoll hineinschreibt.

Einstimmig

**0012 Bericht der Dezernentin**

1. Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass die neu gestaltete Einbürgerungsfeier sehr positiv angenommen wurde und Beteiligte signalisiert haben, dass sie dem Land, in dem sie nun Bürger sind, gern etwas zurückgeben möchten.

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 31. Januar 2012

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

2. Frau Stadträtin Scholz nimmt die Anregung mit und wird prüfen, ob sich daraus evtl. ein Thema für ein weiteres Integrationsgespräch ergeben kann.
3. Der Ausschuss nimmt des Weiteren zur Kenntnis, dass am 22. und 23. Mai 2012 die Bundeskonferenz der Integrationsbeauftragten der Kommunen in Wiesbaden stattfinden wird.

Einstimmig

**0009 11-F-01-0010**

Geschenk an Partnerstädte: Relief des Historische Fünfecks  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 02.02.2011 -

Hier liegt ein schriftlicher Bericht vor.

Stv. Schickel wirft ein, dass es sicher ein schönes Gastgeschenk gewesen wäre, aber in Anbetracht der hohen Kosten und der jetzigen Haushaltssituation eine Umsetzung nicht möglich sei.

Der Antrag ist durch den schriftlichen Bericht erledigt.

Einstimmig

**0010 11-F-33-0029**

Präventionsprogramme der Landeshauptstadt Wiesbaden  
- gem. Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 19.09.2011 -

Der Antrag ist durch den schriftlichen Bericht erledigt.

Einstimmig

**0011 11-F-33-0046**

Rhein-Main-Hallen  
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 15.11.2011  
-

Die Ausschussmitglieder werden über das für den 14.02.2012 geplante Hearing informiert.

Einstimmig

**0013 10-A-21-0001**

Wiesbadener Integrationsgespräche

Seite 10 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 31. Januar 2012

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Der Ausschuss nimmt die Vorschläge der Fraktionen von Bündnis90/Die Grünen und Linke&Piraten zur Kenntnis.

Für das nächste Integrationsgespräch wird der Themenbereich

„Integration und Kultur“ in Zusammenarbeit mit der Wiesbadener Musik- und Kunstschule  
vorgesehen.

Als zukünftige Themenbereiche werden vorgesehen:

- „Integration und Sport“,
- Russlanddeutsche und
- Arbeitsmarkt und Wirtschaft als Thema für 2013

Enth. Linke&Piraten

**0014 11-V-30-0011**

Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Wiesbaden-Sonnenberg/Rambach

Einstimmig

**0015 Verschiedenes**

Der Ausschuss wird zukünftig wieder außerhalb des Rathauses tagen und u. a.

eine buddhistische Gemeinde  
eine christliche Gemeinde und  
eine griechische Vereinigung

besuchen.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .03.2012

**Vorsitzender**

**Schriftführer**

**Weitere Schriftführerin**

Spallek

Weck

Koba